

Offene Worte

Online Nr. 115

Zeitung der LINKEN für den Barnim 20. Juni 2021, 30. Jahrg.

„Enorme Vermögenskonzentration bedroht die Demokratie“

2.900 Ultrareichen in Deutschland gehören 20 Prozent des Gesamtvermögens. Unter Ultrareiche versteht man laut Boston Consulting Group Menschen mit einem persönlichen Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar. Sie verfügen über investierbares Vermögen von über 1,4 Billionen US-Dollar. „Gleichzeitig über 13 Millionen Menschen in Armut. Ergebnis einer abartig unsozialen Politik von Schröder und Merkel in den letzten 20 Jahren. Es ist Zeit, für die Millionen Politik zu machen statt für die Millionäre“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Amira Mohamed Ali. „Enorme Vermögenskonzentration bedroht die Demokratie und untergräbt das Leistungsprinzip. Wirtschaftliche Macht schafft politische Macht. Oligarchen gibt es nicht nur in Russland“, warnt Fabio De Masi, der ebenfalls für DIE LINKE im Bundestag sitzt. „Warum sollen Krankenpfleger und Paketbotinnen die Krise bezahlen, wenn andere es nicht mal merken würden? Während Union und FDP eine gerechte Besteuerung von Reichtum bekriegen, geht die Enteignung der Bevölkerungsmehrheit weiter. Deshalb: Vermögensabgabe und Vermögensteuer jetzt“, fordert Jan Korte. (ig)



Die Ultrareichen in Deutschland verfügen über investierbares Vermögen von über 1,4 Billionen US-Dollar.*



Vermögensabgabe und Vermögensteuer jetzt!

Wer hilft, wenn es brennt

Wandlitz prüft nun, ob den Feuerwehrleuten eine Rente gezahlt werden kann

Wir wollen unseren Feuerwehrleute nicht nur mit Jubiläumsprämien und Medaillen für ihren Einsatz für unsere Gemeinde danken, sondern auch prüfen lassen, ob eine Feuerwehrrente für dieses Ehrenamt möglich ist. Das hat unsere Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/B90-Grüne/UWG Ende Mai in der Gemeindevertretung beantragt – und die Mehrheit hat zugestimmt.

Der Bürgermeister ist nun beauftragt, über den kommunalen Spitzenverband Verhandlungen mit dem Land zur Einführung einer „Feuerwehrrente“ nach dem Thüringer Modell anzuregen. In Thüringen gibt es seit 2010 eine kapitalgedeckte Feuerwehrrente, die zu 2/3 vom Land und zu 1/3 von den Gemeinden finanziert und dem Angehörigen nach Ausscheiden aus der aktiven Feuerwehr monatlich ausgezahlt wird. Welche Voraussetzungen für den „gemeindlichen Teil“ geschaffen werden müssen, soll zugleich geprüft werden. Das Konzept ist der Gemeindevertretung bis zum 30. September 2021 vorzulegen.

Die Kamerad:innen der Freiwilli-

gen Feuerwehr müssen 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr einsatzbereit sein, um im Ernstfall Leben zu retten. Freiwillige Feuerwehren sind in den Gemeinden nicht nur für den Brand- und Katastrophenschutz verantwortlich, sie sind auch eine wichtige gesellschaftliche Form des gemeindlichen Zusammenlebens. Das verdient Anerkennung, über den aktiven Dienst hinaus.

In Brandenburg können auf Grundlage des Gesetzes über die Gewährung von Jubiläumsprämien und pauschalierter Aufwandsersatz, das die Rot-Rote Koalition 2019 zur Anerkennung des Ehrenamtes wesentlich verbessert hat, derzeit unter anderem bis zu 200 Euro monatlich als pauschalierter Aufwandsersatz gezahlt werden. In Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es eine sogenannte Feuerwehr-Rente. In diesen Bundesländern wurden die gesetzlichen Voraussetzungen dafür auf Landesebene vorgenommen.

Das Land Brandenburg hat solche Regeln nicht. Hier entschied sich die Rot-Rote Koalition 2019 gemeinsam mit dem Landesfeuer-

wehrverband dafür, ein Prämiensystem einzuführen. In den Gesprächen wurde vor der Entscheidung abgewogen, ob das Ehrenamt besser gewürdigt wird, wenn in übersichtlichen Zeitabständen eher Prämien gezahlt werden oder ob mit Eintritt in das Rentenalter eine ergänzende (geringe) Rente gezahlt wird. Auch der Feuerwehrverband favorisierte letztlich das Prämiensystem. Danach erhalten ehrenamtliche Feuerwehrleute nach 10, 20, 30, 40 und 50 Dienstjahren jeweils 500 Euro. Im Übrigen gilt dieses „Prämien- und Ehrenzeichengesetz“ auch für Katastrophenschutz Helfer:innen und Ehrenamtler:innen im THW.

In Wandlitz jedoch würde die Einführung einer Feuerwehrrente favorisiert werden. Deshalb fordern wir das Land Brandenburg erneut auf, dies zu prüfen. Sollte das Land bei der bisher ablehnenden Haltung bleiben, kann die Gemeinde Wandlitz die Einführung einer Feuerwehrrente über eine kommunale Lösung prüfen. Hierzu kann zum Beispiel der gemeindliche Zuschuss zu einer privaten Altersvorsorge geprüft werden. Bei einem monatlichen

Zuschuss von 25 Euro zu einer Rentenversicherung würden nach derzeitigem Stand für alle Kamerad:innen Kosten von 70.500 Euro im Jahr für die Gemeinde entstehen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, dass die Gemeinde entsprechende Verträge abschließt. Entsprechend der Laufzeit und des Eintrittsalters würden sich hier allerdings erst Verträge ab einer monatlichen Rente von etwa 50 Euro lohnen, die derzeit auch mit monatlich 50 Euro bedient werden müssten. Damit müsste die Gemeinde rund 141.000 Euro im Jahr aufwenden.

Sobald das nun in Auftrag gegebene Konzept Ende September vorliegt, werden wir uns dazu eine abschließende Meinung bilden.

Isabelle Czok-Alm
Gemeindevertreterin
Wandlitz

Kandidatin
der LINKEN
für den
Bundestag



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW
am 23. Juni